

Protokoll 84. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. Dezember 2019, 17.00 Uhr bis 20.02 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Marcel Müller (FDP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Matthias Renggli (SP), Andri Silberschmidt (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/508 | *
E Postulat von Marion Schmid (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019: Vollumfängliche Entschädigung der Leistungen des Frauenhauses Zürich Violetta für die Stadtzürcherinnen | VS |
| 3. | 2019/519 | *
E Postulat von Nicole Giger (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.11.2019: Öffnung der offenen Rennbahn Oerlikon für weitere ergänzende Nutzungen | VSS |
| 4. | 2019/524 | *
E Motion von Marion Schmid (SP), Corina Ursprung (FDP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019: Einführung einer subjektorientierten Subvention für punktuelle Entlastungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich für pflegebedürftige Menschen, die noch zu Hause leben | VS |
| 5. | 2019/526 | *
E Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.12.2019: Bericht über die im Rahmen des kantonalen Leistungsauftrags «Betrieb von MNA-Strukturen» bestehenden Heime sowie Bericht der AOZ über die Umsetzung der Empfehlungen | VS |
| 6. | 2019/529 | *
E Postulat der Grüne-Fraktion vom 04.12.2019: Überarbeitung des Strassenprojekts Badenerstrasse hinsichtlich einer Lärmsanierung mit Tempo 30 und Umsetzung der beiden im Regionalen Richtplan geplanten Velorouten | VTE |

- | | | | | |
|-----|---------------------------------|--------|--|-----|
| 7. | <u>2019/532</u> | *
E | Postulat von Guido Hüni (GLP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 04.12.2019:
Einforderung einer kontinuierlichen Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Gasen im Rahmen der Vernehmlassung zum Gasversorgungsgesetz | VIB |
| 8. | <u>2019/535</u> | *
E | Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 04.12.2019:
Einsatz von Recycling-Ticket-Automaten an zentralen Tram-haltestellen | VIB |
| 9. | <u>2019/531</u> | *
E | Postulat von Përparim Avdili (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019:
Finanzielle Unterstützung für die Erdbebenopfer in Albanien im Rahmen der humanitären Hilfe | FV |
| 10. | <u>2019/389</u> | | Weisung vom 18.09.2019:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2020 | FV |
| 13. | <u>2019/7</u> | E/A | Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Res Marti (Grüne) vom 09.01.2019:
Anpassung der «Velostandards Stadt Zürich» betreffend Breite der Velostreifen | VTE |
| 14. | <u>2019/60</u> | E/A | Postulat von Simone Brander (SP), Eduard Guggenheim (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 06.02.2019:
Erstellung der Stationen des Veloverleihs «Züri Velo» ohne Beeinträchtigung der Sicherheit des Fussverkehrs | VTE |
| 15. | <u>2019/84</u> | | Interpellation von Ernst Danner (EVP), Albert Leiser (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2019:
Einführung der Haushaltbioabfallentsorgung vor 6 Jahren, Entwicklung der Anzahl Grünabfuhrabonnements, Öko- und Energiebilanz des Einsammelns, zusätzlich lieferbare Energiemenge und Produktionskosten von Biogas im Vergleich zur Verbrennung mit dem Haushaltkehricht, Kostenrechnung für das Einsammeln und die Verwertung sowie Auslastung der heutigen Biogasanlage | VTE |
| 16. | <u>2019/128</u> | A/P | Motion von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 03.04.2019:
Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers | VTE |
| 17. | <u>2019/199</u> | E/A | Postulat von Peter Anderegg (EVP) und Ernst Danner (EVP) vom 15.05.2019:
Teilweise Entsiegelung und stärkere Begrünung des Leutschenbachparks in Zürich-Seebach | VTE |

18. [2019/218](#) E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019: VTE
Busbuchten an den Haltestellen auf einspurigen Verkehrsachsen des öffentlichen Verkehrs zur Verbesserung der Fahrplanstabilität und zur Ermöglichung von Expresslinien
19. [2019/245](#) E/A Motion von Luca Maggi (Grüne) und Simon Diggelmann (SP) VTE
vom 05.06.2019:
Durchgehende Velobrücke von der Wasserwerkstrasse bis zur Limmatstrasse und dem Lettenviadukt entlang dem Dammsteg und dem Dammweg

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2041. 2019/557

Erklärung der AL-Fraktion vom 18.12.2019:

Hasskommentare gegen Politiker und Politikerinnen mit ausländisch klingenden Namen

Namens der AL-Fraktion verliest Christina Schiller (AL) folgende Fraktionserklärung:

«Es ist unsere ständige Aufgabe als Gesellschaft, auf Diskriminierungen und Hass zu reagieren»

Am 7. Dezember gab Ezgi Akyol ein Interview auf Tele Züri über das BAZ. Auf der Facebookseite von Tele Züri generierte dieser Beitrag 118 Kommentare. Auf die Kommentare gegen geflüchtete Menschen möchten wir hier nicht im Detail eingehen: Sie sind dumm, menschenverachtend und verdienen es, nicht kommentiert zu werden. Heute geht es uns um die Reaktionen, die vor allem Linke und Politiker*innen mit ausländisch klingenden Namen bei diesem Thema erdulden müssen.

Journalist*innen der Plattform Netzpolitik.org des Auslandrundfunks Deutsche Welle und der italienischen Wochenzeitschrift L'Espresso wollten es genau wissen: Sie sammelten im Verlauf von vier Wochen rund 40'000 Kommentare, die über Facebook und Twitter an Abgeordnete in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz gerichtet wurden. Sie konnten in allen untersuchten Ländern eine hohe Anzahl von aggressiven Kommentaren gegen Geflüchtete und Muslim*innen nachweisen und stufen viele der ausgewerteten Einträge als klar rechts ein. Facebook- und Twitter-Seiten von rechten und populistischen Politiker*innen, die oft selbst emotionale Kommentare verfassen, generieren insgesamt mehr bösartige Kommentare. Diese Einträge richten sich in einer Mehrheit der Fälle gar nicht gegen die jeweilige Person selbst, sondern gegen andere, meist linke Politiker*innen. Reichweitenstarke Social-Media-Seiten bieten rechten Hetzer*innen also eine Plattform für Beleidigungen. Zudem hat die Auswertung gezeigt, dass rechte Politiker*innen bösartige Kommentare eher tolerieren, also nicht sofort löschen. Schweizer Politikerinnen werden laut der neuen Analyse doppelt so häufig persönlich angegriffen wie ihre männlichen Kollegen. Viele Politikerinnen halten sich darum auf Social Media zurück und geben bei gewissen Themen keine Auskünfte mehr. Diese Entwicklung bedroht demokratische Errungenschaften und darf von unserer Gesellschaft nicht toleriert werden.

Viele Kommentare auf Tele Züri waren direkte Angriffe auf die Person Ezgi Akyol. Ihr wurde die Schweizer Bürgerschaft aberkannt, sie wurde als „Ausländerin“ beschimpft und in ihrer Würde als Frau verletzt. Unter den Kommentatoren findet sich auch Derek Richter, Mitglied der SVP Fraktion. Er schrieb unter die Hasskommentare: «Wer das ist? AL-Gemeinderätin!» und verlinkte ihre Wohnadresse, obwohl aus dem Tele-

Züri-Beitrag bereits klar ersichtlich war, dass Ezgi AL-Gemeinderätin ist. Derek Richter scheint sie bewusst als Mitglied dieses Parlaments an den Pranger gestellt zu haben und nimmt damit auch in Kauf, dass sie zu Hause belästigt wird. Tatsächlich hat Ezgi vor wenigen Tagen einen Brief mit dem Inhalt erhalten: «Und dir Ausländer-Sau raten wir mit Nachdruck keinerlei Einmischungen in Asylunterkünfte. Sonst sehen wir uns gezwungen an deinem Wohnort aufzukreuzen! - und mehr!»

Die SVP verlangte in ihrer kürzlich verlesenen Fraktionserklärung zur Milkshake-Attacke, dass «Angriffe auf Personen aufs Schärfste zu verurteilen sind.» Wenn der SVP die Einhaltung der Meinungsvielfalt und der demokratischen Rechte ernst ist, soll sie sich von Hetze gegen Andersdenkende und auch der Anfeuerung dazu klar distanzieren, auch in den eigenen Reihen. Hetze im Netz und in der Gesellschaft lässt sich nicht nur technisch und rechtlich lösen, sondern vor allem mit Gegenrede.

2042. 2019/558

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 18.12.2019: Urteil des Baurekursgerichts zur ZKB-Seilbahn

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Denkzettel auch für den Stadtrat

Das untere Seebecken, aber auch die Zürcher Seeanlagen sind nicht nur wichtig für Erholung und Freizeit für Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher sowie für viele Besuchende, sie stehen auch unter vielfältigem und besonderem Schutz.

Es wäre nun die nobelste Aufgabe unserer Stadtregierung, See und Seeanlagen ungeschmälert für Erholung und Freizeit zu erhalten und vor Eventisierung und Kommerzialisierung zu schützen. In letzter Zeit hat der Stadtrat von Zürich leider nur allzu oft den Nutzinteressen Vorrang vor den Schutzinteressen gegeben. Wir erinnern an das Formel E-Rennen rund um das Seebecken, wir erinnern an die ZKB-Seilbahn über den See, mit der damit verbundenen jahrelangen Zweckentfremdung von öffentlichen Grünflächen.

Es befremdet, dass nun engagierte BürgerInnen ebenso wie Umweltverbände – Stiftung für Landschaftsschutz, Helvetia Nostra oder der VCS – den Stadtrat darauf aufmerksam machen müssen, dass das Seebecken einen solchen besonderen Schutz genießt.

So ist es nun das Baurekursgericht, das darauf hinweist, dass mit dem Geschenk Seeanlagen sorgfältig umzugehen ist. Der in Diskussion stehenden ZKB-Seilbahn attestiert das Baurekursgericht «kein über den reinen Jubiläumsbetrieb hinausgehendes öffentliches (oder privates) Interesse». Es hat dementsprechend den Gestaltungsplan nicht genehmigt und die Rekurse dagegen vollumfänglich gutgeheissen.

Dass der Stadtrat von Zürich in seinen Verlautbarungen nun noch immer nicht Abstand von diesem Seilbahn-Projekt nehmen will, erstaunt nach den klaren Worten des Baurekursgerichts aber doch. Damit kommt auch eine Missachtung dieses Parlaments zum Ausdruck, das deutlich gemacht hat, wie kritisch es solchen Projekten jeweils gegenüber steht. Wir haben von der Stadtpräsidentin in der letzten Budgetdebatte keine kritische Reflexion über den Umgang des Stadtrates mit Grossprojekten in der Innenstadt vernommen. Die logische Konsequenz daraus war, dass wir die Assistenzstelle zur NEXPO aus dem Budget gestrichen haben.

Wir erwarten nun vom Stadtrat dezidiert ein Umdenken. Nur wenn die berechtigten Schutzinteressen der Seeanlagen genügend berücksichtigt werden und auch der politische Dialog mit diesem Parlament geführt wird, ist es möglich, dass Grossprojekte wie eine NEXPO gelingen können und politische Unterstützung finden.

G e s c h ä f t e

2043. 2019/508

**Postulat von Marion Schmid (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:
Vollumfängliche Entschädigung der Leistungen des Frauenhauses Zürich Violetta für die Stadtzürcherinnen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2044. 2019/519

**Postulat von Nicole Giger (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.11.2019:
Öffnung der offenen Rennbahn Oerlikon für weitere ergänzende Nutzungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2045. 2019/524

**Motion von Marion Schmid (SP), Corina Ursprung (FDP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019:
Einführung einer subjektorientierten Subvention für punktuelle Entlastungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich für pflegebedürftige Menschen, die noch zu Hause leben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist die Motion dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2046. 2019/526

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.12.2019:
Bericht über die im Rahmen des kantonalen Leistungsauftrags «Betrieb von MNA-Strukturen» bestehenden Heime sowie Bericht der AOZ über die Umsetzung der Empfehlungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2047. 2019/529

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 04.12.2019:
Überarbeitung des Strassenprojekts Badenerstrasse hinsichtlich einer Lärmsanierung mit Tempo 30 und Umsetzung der beiden im Regionalen Richtplan geplanten Velorouten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2048. 2019/532

**Postulat von Guido Hüni (GLP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 04.12.2019:
Einforderung einer kontinuierlichen Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Gasen im Rahmen der Vernehmlassung zum Gasversorgungsgesetz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2049. 2019/535

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 04.12.2019:

Einsatz von Recycling-Ticket-Automaten an zentralen Tramhaltestellen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2050. 2019/531

Postulat von Përparim Avdili (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019:

Finanzielle Unterstützung für die Erdbebenopfer in Albanien im Rahmen der humanitären Hilfe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Përparim Avdili (FDP) vom 11. Dezember 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 2005/2019).

Die Dringlicherklärung wird von 89 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2051. 2019/389

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2020

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2020 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1000 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Felix Moser (Grüne)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2020 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1000 800 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2020 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1000 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Februar 2020)

2052. 2019/7

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Res Marti (Grüne) vom 09.01.2019:
Anpassung der «Velostandards Stadt Zürich» betreffend Breite der Velostreifen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 772/2019).

Derek Richter (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Januar 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 79 gegen 37 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2053. 2019/60

Postulat von Simone Brander (SP), Eduard Guggenheim (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 06.02.2019:

Erstellung der Stationen des Veloverleihs «Züri Velo» ohne Beeinträchtigung der Sicherheit des Fussverkehrs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 903/2019).

Stephan Iten (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. März 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Matthias Probst (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Stationen des Veloverleihs «Züri Velo» nicht zu Lasten der Sicherheit des Fussverkehrs, sondern möglichst auf Parkflächen des MIV (~~z. B. keine Mischverkehrsflächen Fuss- und Veloverkehr, keine Zufahrt über das Trottoir~~) zu erstellen sind.

Simone Brander (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 67 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2054. 2019/84

Interpellation von Ernst Danner (EVP), Albert Leiser (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2019:

Einführung der Haushaltbioabfallentsorgung vor 6 Jahren, Entwicklung der Anzahl Grünabfuhrabonnements, Öko- und Energiebilanz des Einsammelns, zusätzlich lieferbare Energiemenge und Produktionskosten von Biogas im Vergleich zur Verbrennung mit dem Haushaltkehricht, Kostenrechnung für das Einsammeln und die Verwertung sowie Auslastung der heutigen Biogasanlage

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 627 vom 10. Juli 2019).

Ernst Danner (EVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

2055. 2019/128

Motion von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 03.04.2019:

Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Jörg Käppeli (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1103/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Hans Jörg Käppeli (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 79 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2056. 2019/199

Postulat von Peter Anderegg (EVP) und Ernst Danner (EVP) vom 15.05.2019:
Teilweise Entsiegelung und stärkere Begrünung des Leutschenbachparks in Zürich-Seebach

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Anderegg (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1240/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 96 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2057. 2019/218**Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:****Busbuchten an den Haltestellen auf einspurigen Verkehrsachsen des öffentlichen Verkehrs zur Verbesserung der Fahrplanstabilität und zur Ermöglichung von Expresslinien**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1282/2019).

Hans Jörg Käppeli (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 36 gegen 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2058. 2019/245**Motion von Luca Maggi (Grüne) und Simon Diggelmann (SP) vom 05.06.2019:****Durchgehende Velobrücke von der Wasserwerkstrasse bis zur Limmatstrasse und dem Lettenviadukt entlang dem Dammsteg und dem Dammweg**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1335/2019).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Die Motion wird mit 84 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2059. 2019/559**Postulat von Anjushka Früh (SP) und Simone Brander (SP) vom 18.12.2019:****Anpassung der städtischen Beschaffungsrichtlinien hinsichtlich eines Verzichts von Einwegplastikprodukten**

Von Anjushka Früh (SP) und Simone Brander (SP) ist am 18. Dezember 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die städtischen Beschaffungsrichtlinien dahingehend angepasst werden können, dass innert nützlicher Frist keine Einwegplastikprodukte mehr beschafft werden.

Begründung:

Kunststoff (Plastik) baut sich in der Umwelt kaum oder nur über sehr lange Zeit ab und kann so zu erheblichen Schäden in den Ökosystemen führen. Kunststoff findet sich - meist als Mikro-plastik - in Gewässern, Böden, Luft, Kompost, Organismen und sogar im Verdauungstrakt des Menschen und belastet diese. Durch den Ersatz von Produkten aus Einwegplastik kann die durch diese Produkte verursachte Umweltverschmutzung verringert werden.

Die Stadt Zürich als grosse Abnehmerin der verschiedensten Produkte kann ihren Einfluss auf dem Markt geltend machen und die vorhandenen Alternativen nutzen. Auch die Stadt Oslo hat sich beispielsweise das Ziel gesetzt, Produkte aus Einwegplastik zu ersetzen. Das muss auch in der Stadt Zürich möglich sein.

Mitteilung an den Stadtrat

2060. 2019/560

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 18.12.2019: Verzicht auf eine finanzielle Beteiligung der Flughafen Zürich AG am Flughafenprojekt «Nijgadh» in Nepal und Bericht über die Rolle des Stadtrats in der Flughafen Zürich AG

Von Luca Maggi (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 18. Dezember 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seine Beteiligung an der Flughafen Zürich AG dahingehend wahrnehmen kann, dass sich diese nicht als Investorin am geplanten Flughafenprojekt „Nijgadh“ in Nepal beteiligt. Sollte sich die Flughafen Zürich AG entgegen diesen Bemühungen des Stadtrates am Projekt beteiligen, wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, welche Konsequenzen er aus diesem Entscheid zieht. Zusätzlich wird der Stadtrat aufgefordert dem Gemeinderat Bericht zu erstatten, welche Rolle er in der Flughafen Zürich AG einnimmt resp. einzunehmen beabsichtigt und welche Erfolge in Bezug auf die politischen Ziele der Stadt Zürich er dabei verbuchen kann.

Begründung:

Wie diversen Medienberichten seit Ende September 2019 zu entnehmen war, beabsichtigt sich die Flughafen Zürich AG am geplanten „Nijgadh Airport“ in Nepal zu beteiligen. Der geplante Flughafen soll in rund 75 Kilometer Distanz zur Hauptstadt Kathmandu errichtet werden. Für das geplante Projekt wurde ein Landstück von 80 Quadratkilometer eingezont, wo heute 2.4 Millionen Bäume stehen, welche dem Projekt weichen müssen. Diese Zahl wurde in der Wochenzeitung (WOZ) in der Ausgabe vom 5. Dezember 2019 publik gemacht und stammt aus einem Bericht, den die Regierung Nepals in Auftrag gegeben hatte und der Zeitung vorliegt (Quelle: <https://www.woz.ch/1949/umweltproteste-in-nepal/von-wegen-flugscham>). Gemäss Umweltschützern ist Nijgadh einer der letzten ungeschützten und unberührten Abschnitte des gesamten Waldgürtels und mit dem geplanten Projekt stark bedroht. So dient der Wald seltenen Tierarten wie Tigern, Elefanten und Leoparden als Habitat.

Dieses Projekt widerspricht sämtlichen politischen Grundsätzen der Stadt Zürich. Es steht dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft sowie dem aktiven Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gemäss Art. 2ter der Gemeindeordnung diametral entgegen. In der Gemeinderatsdebatte zur Motion 2017/244 (Verkauf des Aktienanteils an der Flughafen Zürich AG) betonte Stadtpräsidentin Corinne Mauch die „starke Stimme“ von Kanton und Stadt Zürich als grösste resp. zweitgrösste Aktionärin, „um insbesondere die politischen Aspekte und Bevölkerungsaspekte zu vertreten.“ Mit diesem Versprechen zu Gunsten einer Beteiligung an der Flughafen Zürich AG steht der Stadtrat heute in der Bringschuld. Er muss seine „starke Stimme“ innerhalb der Flughafen Zürich AG wahrnehmen und sich entschieden und kompromisslos gegen die geplante Investition am zerstörerischen Flughafenprojekt in Nepal einsetzen.

Sollte die Stadt Zürich in einer für den Umweltschutz derart zentralen Frage unterliegen, sollte sie ihre Rolle in der Flughafen Zürich AG überdenken. Der Stadtrat soll dem Gemeinderat Bericht erstatten, welche Rolle er bisher in der Flughafen Zürich AG eingenommen hat, welche Rolle er in Zukunft (insbesondere in Bezug auf solche Investitionsprojekte) einnehmen will und wie er eine Beteiligung in Bezug auf die politischen Ziele der Stadt Zürich rechtfertigt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2061. 2019/561

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) vom 18.12.2019:

Botschaft des ewz-Trams betreffend «6 Wahrheiten rund um den grünen Strom», Haltung des Stadtrats und konkrete Zahlen zu den 6 Wahrheiten

Von Stefan Urech (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) ist am 18. Dezember 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einiger Zeit kursiert ein von EWZ beworbenes Tram durch Zürich. Die städtische Dienstabteilung propagiert im gesamten Innenraum des Trams «6 Wahrheiten rund um den grünen Strom».

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die erste «Wahrheit» besagt, dass die Produktion von Wasser- und Windenergie die Umwelt nicht belastet. Diverse Umweltorganisationen sehen das anders. Beispielsweise haben Windräder gemäss der Vogelwarte Sempach einen «erheblichen» negativen Einfluss, sowohl auf lokale wie auch auf durchziehende Vogelarten. Auch können Windräderparks das Landschaftsbild massiv verschandeln. Auf seiner Webseite listet der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband sechs negative Umweltauswirkungen von Wasserkraftwerken auf, wie beispielsweise die «Beeinträchtigung der Durchgängigkeit und Fragmentierung Lebensräumen». Wie kommt der Stadtrat in Anbetracht dieser kontroversen Ausgangslage zu seiner eindeutigen Aussage bezüglich Wasser- und Windenergie?
2. Die zweite «Wahrheit» besagt, dass der Naturstrom grösstenteils vom EWZ selbst produziert wird. Zu wie viel Prozent erfolgt die Produktion durch das EWZ selbst, wie viel wird eingekauft und wie viel stammt aus dem Ausland?
3. Die dritte «Wahrheit» verspricht, dass Naturstrom aus Wind und Sonne «unendlich verfügbar» sei. Inwiefern trifft diese Aussage bei Windstille beziehungsweise bei bedecktem Himmel zu?
4. Die sechste «Wahrheit» besagt, dass Naturstrom zum Erreichen der 2000-Watt-Ziele der Stadt Zürich beiträgt. Wie viel trägt der Naturstrom dazu bei?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

2062. 2019/482

Dringliche Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion und 16 Mitunterzeichnenden vom 06.11.2019:

Illegale Besetzung des Juchhof-Areals, Kenntnisstand und Kommunikation betreffend die Besetzung und die Sicherheitsrisiken auf dem Areal sowie Angaben zur Übernahme der anfallenden Kosten und Gebühren

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1102 vom 11. Dezember 2019).

2063. 2019/397

Schriftliche Anfrage von Gabriele Kisker (Grüne) und Luca Maggi (Grüne) vom 18.09.2019:

Neugestaltung der SZU-Haltestelle Manegg, Möglichkeiten für eine Anpassung der Barriesteuerung analog der Haltestelle Binz

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1076 vom 4. Dezember 2019).

2064. 2018/502

Weisung vom 19.12.2018:

Schulamt, Musikschule Konservatorium Zürich und Sportamt, Verordnung über das Arbeitsverhältnis des Lehr- und Therapiepersonals der städtischen Volksschule, Neuerlass

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

2065. 2019/78

Weisung vom 06.03.2019:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Uetlibergtangente-Binz, Festsetzung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

2066. 2019/175

Weisung vom 08.05.2019:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Falletsche/Leimbach, Quartier Leimbach, Neubau Schulprovisorium, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

2067. 2019/186

Weisung vom 15.05.2019:

Immobilien Stadt Zürich, Erstellen von «Züri Modular»-Pavillons auf den Schulanlagen Bachtobel, Manegg, Wollishofen, Bungertwies und Turner, Objektkredite

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

2068. 2019/207**Weisung vom 15.05.2019:**

Finanzdepartement, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle, Zusatzkredit für Investitionsbeitrag an Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten (4,7 Millionen Franken), für Darlehen an Kongresshaus-Stiftung Zürich für bauseitige Mehrkosten (4,7 Millionen Franken) und für einmaligen Beitrag an die Tonhalle-Gesellschaft Zürich wegen Verschiebung Eröffnungstermin (3,7 Millionen Franken)

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

2069. 2019/266**Weisung vom 19.06.2019:**

Immobilien Stadt Zürich, Neubau eines Provisoriums für die Schulen Letten und Nordstrasse sowie die Betreuung Imfeldstrasse 6 auf der Lettenwiese, Quartier Wipkingen, Objektkredit, Nachtragskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2019 ist am 9. Dezember 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2019.

Nächste Sitzung: 8. Januar 2020, 17 Uhr.